

# **Bürgermeister Bovenschulte bekennt sich zu starkem öffentlichem Dienst**

## **Personalräte sehen Nachholbedarfe bei finanzieller Ausstattung**

Der Präsident des Senats ließ keinen Zweifel daran, dass er für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst einstehe. Dieser sei das entscheidende Instrument, mit dem demokratische Entscheidungen umgesetzt werden. Konkret bedeute dies, dass Bremen sich nach vielen Jahren pauschaler Personalkürzungen zukünftig bei der Personalbedarfsplanung an den konkret zu bewältigenden Aufgaben orientieren werde. Zudem wolle er sich auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das Thema gute Führung stark machen und unterstütze einen Digitalisierungstarifvertrag.

Bovenschulte erklärte dies im Rahmen einer Personalräteversammlung, zu der der Gesamtpersonalrat (GPR) die Personalräte, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen des bremischen öffentlichen Dienstes eingeladen hatte. GPR-Vorsitzende Doris Hülsmeier sagte einleitend, der Koalitionsvertrag gebe durchaus Anlass für Hoffnung auf bessere Bedingungen im öffentlichen Dienst. Letztlich entscheidend sei aber, was in der praktischen Umsetzung aus den Absichten der Koalition werde. Sie erklärte, dass 30 Jahre Kürzungspolitik im öffentlichen Dienst tiefe Narben hinterlassen haben, die sich auch in fehlender Attraktivität nach innen und außen zeigen.

Personalräte zahlreicher Dienststellen zeigten dem Bürgermeister auf, welche Probleme sich nach den vielen Jahren der Kürzungspolitik aufgestaut haben. Fast überall reicht die Personalausstattung für die zu erledigenden Aufgaben nicht aus. Teilweise wird versucht, dies durch eine auf lange Sicht zu hohe Arbeitsbelastung auszugleichen, wie etwa bei der Polizei und im Justizvollzug, ebenso wie an Kitas und Schulen: „Wenn nicht endlich ein radikales Umdenken beginnt, wird Bremen im Ländervergleich weiter an letzter Stelle bleiben. Lehrkräfte und pädagogisches Personal dürfen nicht länger in einem Zustand dauerhafter Überlastung von der Politik im Stich gelassen werden. Der Bildungshaushalt muss dazu dringend erhöht werden“, so Angelika Hanauer, Personalratsvorsitzende Schulen. Ähnlich sieht es ihre Kollegin Grit Wetjen von KiTa Bremen. „Wenn die Überbelegung von Gruppen mit 21 Kindern verlängert werden sollte, läuft das Glas der Belastungen endgültig über.“ (siehe Foto in der Anlage)

Teilweise können sogar gesetzliche Vorgaben gar nicht mehr richtig wahrgenommen werden, so im Gesundheitsamt, wo wichtige gesundheitliche Aufgaben liegen bleiben, wie PR-Vorsitzende Susanne Braaksma berichtete. Und Gero Sieling vom Finanzamt für Außenprüfung kritisierte, auch Geld bleibe „auf der Straße liegen, weil den Finanzämtern das Personal fehlt, um es aufzuheben.“

Die Hochschulen benötigen Dauerstellen für Daueraufgaben für die Erfüllung ihrer Aufgaben, deshalb ist eine erhöhte Grundfinanzierung dringend notwendig, so Antje Mues von der Hochschule Bremerhaven. Der Rahmenkodex von 2016, der faire Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen verankern soll, müsse unter Einbeziehung der Personalräte und Gewerkschaften evaluiert werden.

Mark Birnstiel PR-Vorsitzender vom Amt für soziale Dienste rief dazu auf, den Stellenwert des Sozialen in Bremen zu erhöhen. Die Sozialadministration sei Aushängeschild des Sozialstaats und müsse dafür über ausreichende Ressourcen verfügen.

Wachsende Aufgaben im Bereich der Verkehrssicherungspflicht verzeichnet der Umweltbetrieb Bremen, unter anderem auf Grund des Klimawandels und durch eine genauere, digitale Erfassung des Zustands von Bäumen. Ohne ausreichend Personal

begebe Bremen sich in eine problematische und kostspielige Abhängigkeit gegenüber privaten Unternehmen, warnte Personalrätin Sandra Kitzmann.

Matthias Bowe vom Personalrat Werkstatt Bremen kritisierte, dass Zeitarbeit wird immer wieder zum Stopfen von Personallöchern genutzt wird. Das koste aber letztendlich mehr als Mitarbeiter\_innen fest einzustellen.

Gesamtschwerbehindertenvertreter Marco Bockholt mahnte die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an. Dies beinhalte neben barrierefrei und ohne fremde Hilfe erreichbaren Dienstgebäuden sowie barrierefreien IT-Fachverfahren auch verpflichtende Fortbildungen im Schwerbehindertenrecht für Vorgesetzte, um die besondere Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten sicherzustellen.

Durchaus anerkannt wurde, dass der Senat schon in der vergangenen Legislaturperiode in einigen Bereichen begonnen habe umzusteuern. Die zwischenzeitlich aufgerissenen Löcher in der Personaldecke und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erforderten aber entschiedeneren Maßnahmen, um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf Dauer zu sichern. So seien über bisher erfolgte Verbesserungen wie die Besoldungsstufe A13 für Lehrkräfte und der Einstieg in die Entgeltgruppe S8b für Erzieher\_innen weitere Verbesserungen notwendig, besonders beim Weihnachtsgeld für Beamtinnen und Beamte, und durch den Verzicht auf den einheitlichen Beförderungstermin, so der stellvertretende GPR-Vorsitzende Lars Hartwig. Auch Lüder Fasche von der GdP plädierte entschieden für bessere Arbeitsbedingungen, um als attraktiver öffentlicher Arbeitgeber glaubwürdig dazustehen. Ein konkretes Anliegen ist das Eingangsamts A8 im Justizvollzug, so Sven Stritzel vom Personalrat Justizvollzugsanstalt.

Mit einem eigens komponierte Bovenschulte-Blues haben die Honorarkräfte der Musikschule eindringlich auf ihre prekäre Beschäftigungssituation hingewiesen. Musikalisch zeigte Andreas Bovenschulte sich begeistert. Er berichtete er vom Senatsbeschluss, die Musikschule in eine Dienststelle zu überführen. Seine Ankündigung, womöglich nur einen Teil der Honorarkräfte in eine Festanstellung zu übernehmen, löste allerdings Unverständnis aus.

Wie ein Damoklesschwert schweben die Haushaltsberatungen über allem. Markus Westermann von ver.di machte in zugespitzter Form deutlich, dass eine ausreichende Ausstattung für die Attraktivität und die Aufgaben unumgänglich sind. Er problematisierte die Schuldenbremse.

Mit viel Beifall reagierten die anwesenden 160 Interessenvertret\_innen auf das uneingeschränkte Bekenntnis des Bürgermeisters zum Bremischen Personalvertretungsgesetz, das er ausdrücklich auch für seine rot-grün-rote Koalition aussprach. Auch die Ankündigung, die Bremer Erklärung für Faire Beschäftigungsverhältnisse zu unterstützen und neu unterzeichnen zu wollen, wurde positiv aufgenommen. Zudem will er sich für eine Stärkung der Frauenbeauftragten stark machen.

Anerkennung erhielt der Bürgermeister auch für sein engagiertes und sachbezogenes Eingehen auf die Beiträge der Personalräte. Bovenschulte kündigte an, die aufgezeigten Probleme mitzunehmen und an Lösungen zu arbeiten. Die finanziellen Restriktionen könne er dabei nicht aufheben. Sein Senat werde aber die im Rahmen der Schuldenbremse bestehenden Möglichkeiten nutzen.

Abschließend wies Doris Hülsmeier auf die wachsenden Herausforderungen an den Öffentlichen Dienst durch den Strukturwandel in Bremen hin. Dafür seien dringend mehr Personal und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Attraktivität erforderlich.